

KOMMENTAR

Zurück auf Null

VON BERND BARTH

Der Bund lässt Land und Kommunen im Regen stehen. Die bisherigen Erfolge der Schulsozialarbeit sind in Gefahr.

Drei Jahre hat der Bund tief in die Tasche gegriffen, um die Schulsozialarbeit auszubauen. In Rheinland-Pfalz wurden mit den Bundesmitteln 178 zusätzliche Schulsozialarbeiterstellen geschaffen. Unisono ist zu hören: Das hat viel gebracht. Doch jetzt lässt der Bund Land und Kommunen sprichwörtlich im Regen stehen – es gibt kein Geld mehr. Sicher, das war von Anfang an klar. Aber wie sollen sich Land und Kommunen vorbereiten und ein Konzept erarbeiten, wenn ihnen schlichtweg das Geld fehlt?

Das Land selbst erhöht seine Zuschüsse zwar auf 5,6 Millionen Euro. Trotzdem bleibt weit weniger als die Hälfte; für Schulsozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien sind die Landesmittel zudem nicht verwendbar. Bleiben die Kommunen. Und bei denen sieht es oft mau in den Kassen aus.

Folglich muss davon ausgegangen werden, dass vor allem an eben genannten Schulformen etliche Schulsozialarbeiterstellen wegfallen. Und was wäre dann gewonnen? Nichts! Die neu geschaffenen Strukturen würden größtenteils zerstört. Für die Schulsozialarbeit hieße das vielerorts: Zurück auf Null. Erzielte Erfolge würden verloren gehen, als hätte es sie nie gegeben. Will die Bundesregierung nachhaltige Verbesserungen – die ja offensichtlich gut erreicht werden können –, muss sie erst einmal weiter zahlen. Auch wenn das so nicht geplant war.

Einschnitte bei Schulsozialarbeit

Bund streicht Mittel – Land und Kommunen können das bestehende Angebot nicht halten

MAINZ (bby). 178 von 388 Stellen in der rheinland-pfälzischen Schulsozialarbeit wurden bisher vom Bund finanziert. Ab diesem Jahr ist damit Schluss. Das Land erhöht zwar die Zuschüsse auf 5,6 Millionen Euro, doch das wird nicht reichen, um die derzeitige Versorgung aufrecht zu erhalten. Die Kommunen müssen das Problem selbst lösen. Eines ist sicher: Es werden Stellen wegfallen.

Gewalt, Suchtprobleme Schulverweigerung: Um derartigen Problemen an Schulen Herr zu werden, investierte der Bund seit 2011 jährlich 400 Millionen Euro in die Schulsozialarbeit – als Anschubfinanzierung. 2014 fallen die Bundesmittel weg. „Hierdurch werden geschaffene Strukturen gefährdet, da das Land die wegfallenden Mittel angesichts der angespannten finanziellen Lage und der Schulbremse nicht kompensieren kann“, heißt es aus dem rheinland-pfälzischen Familienministerium.

Von der Finanzierungslücke sind besonders Gymnasien und Grundschulen betroffen.

Von 2011 bis 2013 zahlte der Bund im Rahmen des Bildungs- und Teilhabepakets (BuT) jährlich elf Millionen Euro für die Schulsozialarbeit in Rheinland-Pfalz. Das Land kürzte seine Zuschüsse bis auf 2,5 Millionen Euro. Mit dem Beginn des neuen Jahres fallen die Bundesmittel – wie geplant – weg. Das Land stockt wieder auf den Stand von 2011 auf – also gibt's von dieser Seite 5,6 Millionen Euro. Die dürfen allerdings von den kommunalen Schulträgern nur für Integrierte Gesamtschulen (IGS), Realschulen Plus, Realschulen und Hauptschulen eingesetzt werden.

Besonders kritisch sieht es daher für die Schulsozialarbeit an Grundschulen und Gymnasien aus. „Die finanziellen Rahmenbedingungen des Landes haben eine Ausweitung auf andere Schulformen als Realschulen plus und Integrierte Gesamtschulen bisher nicht zugelassen“, lässt das Familienministerium verlauten. Eine Änderung ist derzeit nicht in Sicht.

„Schulsozialarbeit wird sich auf Dauer immer rechnen“, sagt der stellvertretende Direktor des Ludwigshafener Heinrich-Böll-Gymnasiums, Karl-Heinz Koch. Dort betreuen zwei Schulsozialarbeiter hilfsbedürftige Schüler. Mit großem Erfolg, wie Koch berichtet. Bisher sei für jedes Problem eine Lösung gefunden worden. „Jede Schule braucht das“, meint Koch. Zumindest bis zum Ende des Schuljahres bleiben die beiden Schulsozialarbeiter der Schule erhalten. Danach sieht es wohl schlecht aus.

Denn für Ludwigshafen bedeutet der Wegfall der Bundesmittel: Die Schulsozialarbeit an Gymnasien, Grund-, und Förderschulen wird ab



Zwei Schüler prügeln sich auf dem Schulhof eines Gymnasiums. Die Bedeutung von Schulsozialarbeit als Prävention für soziale Probleme, Kriminalität und Gewalt ist bei Politikern, Lehrern und Fachleuten unumstritten – nicht aber die Finanzierung.

FOTO: DPA

dem kommenden Schuljahr gestrichen. „Wir hatten einen Eigenanteil von etwa 250.000 Euro pro Jahr“, sagt Jürgen May, der Leiter des Stadtjugendamtes. Diese Investition soll auch künftig zumindest beibehalten werden. Zusammen mit den Landesmitteln könne so die Versorgung, wie sie bestand bevor die Bundesmittel kamen, erhalten werden. Der Rest könnte aber wegfallen. Etwa die Hälfte der 19 Schulsozialarbeiter muss deshalb weiter um den Job bangen.

In Neustadt wurden seit 2011 drei Stellen aus Mitteln des Bundes finanziert. Als Ersatz für die zwei Stellen an Grundschulen, die der Bund ab Januar nicht mehr zahlt, soll die Stadt zu-

künftig 1,5 Stellen übernehmen. Etwa 90.000 Euro würde das kosten. Bestenfalls zwei von drei der vom Bund finanzierten Stellen werden erhalten. Für Neustadt wird's trotzdem teuer.

Vielfach unklar: Wie geht es im neuen Schuljahr mit der Schulsozialarbeit weiter?

Die Stadt Kaiserslautern hat in den vergangenen beiden Jahren jeweils 250.000 Euro in die Schulsozialarbeit investiert. Die momentan 18,5 Schulsozialarbeiterstellen sind erst einmal bis zum Ende des Schuljahres gesichert. Das kostet die Stadt etwa

300.000 Euro. Wie es danach weitergeht, soll Ende Januar/Anfang Februar mit allen Beteiligten geklärt werden. Insgesamt sind neun Schulsozialarbeiterstellen bedroht.

Diese Liste könnte beliebig weitergeführt werden. Mal bleiben mehr, mal weniger Stellen erhalten – je nach finanzieller Situation der betreffenden Schulträger. Zwar müssen vielerorts wenigstens bis zum Ende des laufenden Schuljahres keine Schulsozialarbeiterstellen abgebaut werden, doch ohne die Bundesmittel, sieht es in absehbarer Zukunft vor allem an Gymnasien und Grundschulen für die rheinland-pfälzische Schulsozialarbeit schlecht aus.

KOMMENTAR

Zur Sache: Was machen die Nachbarländer?

Zwei Nachbar-Bundesländer werden die Streichung der Bundesmittel voraussichtlich besser verkraften als Rheinland-Pfalz: Baden-Württemberg verfügt über die nötigen Finanzmittel und das Saarland hat schon länger Strukturen geschaffen, die den Wegfall abfedern können.

Im Gegensatz zu Rheinland-Pfalz kann Baden-Württemberg den Verlust der Bundesmittel verschmerzen. Von 2011 bis 2013 hatte das Nachbarland insgesamt 26 Millionen Euro vom Bund für Schulsozialarbeit und für das Mittagessen von Kindern in

Horten bekommen. Seit 2012 steckt das Land 15 Millionen Euro in diesen Bereich. Ab 2014 wird dieser Betrag um zehn Millionen auf 25 Millionen Euro aufgestockt. Einschnitte bei der Schulsozialarbeit werden also durch mehr Landesmittel verhindert.

Das Saarland wird wohl ebenfalls weniger hart vom Wegfall der Bundesmittel getroffen – obwohl die finanzielle Situation dort sehr prekär ist. Seit 2003 gibt es im Saarland das „Schoolworker“-Programm, das zur Hälfte vom Land und zur Hälfte von den Kreisen finanziert wird. 2013 wa-

ren dafür rund 1,6 Millionen Euro im saarländischen Haushalt veranschlagt. Das bleibt auch im kommenden Jahr so. 85 „Schoolworker“ sind an 200 Schulen unterstützend im Einsatz. Ein Wegfall von Schulsozialarbeitern, die aus den Bundesmitteln finanziert werden, könne dadurch recht gut „abgefedert werden“, sagt Anette Reichmann, Sprecherin des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie. (bby)

INFO

www.schulsozialarbeit.net